Grant Thornton
Unitreu

Grant Thornton Unitreu GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und
Steuerberatungsgesellschaft
Rivergate
Handelskai 92, Gate 2, 7A
A-1200 Wien

T +43 (0)1 26 262-0
F +43 (0)1 26 262-907
E office@at.gt.com
W www.grantthornton.at

Bericht
über die Prüfung des Jahresabschlusses
zum 31. Dezember 2016
der
BULMOR industries GmbH
Perg

Austrian member firm of
Grant Thornton International Ltd.
Handelsgericht Wien FN 115339t
UID: ATU45691808
DVR: 094185
WT-Code: 801813

Grant Thornton
Unitreu

Inhaltsverzeichnis

1. Prüfungsvertrag und Auftragsdurchführung ..... 1 - 2

2. Aufgliederung und Erläuterung von wesentlichen Posten des Jahresabschlusses 3

3. Zusammenfassung des Prüfungsergebnisses 4

4. Bestätigungsvermerk ..... 5 - 7

Anlagenverzeichnis:

Jahresabschluss und Lagebericht

Bilanz zum 31. Dezember 2016 1

Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2016 2

Anhang für das Geschäftsjahr 2016 3

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2016 4

andere Anlagen

Allgemeine Auftragsbedingungen für Abschlussprüfungen (AAB AP 2011) 5

Grant Thornton
Unitreu

An die Mitglieder
der Geschäftsführung der
BULMOR industries GmbH
Perg

Wir haben die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2016 der

BULMOR industries GmbH,
Perg,

(im Folgenden auch kurz "Gesellschaft" genannt)

abgeschlossen und erstatten über das Ergebnis dieser Prüfung den folgenden **Bericht**:

1. Prüfungsvertrag und Auftragsdurchführung

Mittels Gesellschafterbeschluss vom 9. November 2016 der BULMOR industries GmbH, Perg, wurden wir zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2016 bestellt. Die Gesellschaft, vertreten durch die Geschäftsführung, schloss mit uns einen **Prüfungsvertrag**, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht gemäß den §§ 269 ff UGB zu prüfen.

Bei der Gesellschaft handelt es sich um eine **mittelgroße Kapitalgesellschaft** iSd § 221 UGB.

Bei der gegenständlichen Prüfung handelt es sich um eine **Pflichtprüfung**.

Diese **Prüfung erstreckte sich darauf**, ob bei der Erstellung des Jahresabschlusses und der Buchführung die gesetzlichen Vorschriften beachtet wurden. Der Lagebericht ist darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob er nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt wurde.

Bei unserer Prüfung beachteten wir die in Österreich geltenden **gesetzlichen Vorschriften** und die **berufsüblichen Grundsätze** ordnungsgemäßer Durchführung von Abschlussprüfungen. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der internationalen Prüfungsstandards (International Standards on Auditing). Wir weisen darauf hin, dass die Abschlussprüfung mit hinreichender Sicherheit die Richtigkeit des Abschlusses gewährleisten soll. Eine absolute Sicherheit lässt sich nicht erreichen, weil jedem internen Kontrollsystem die Möglichkeit von Fehlern immanent ist und auf Grund der stichprobengestützten Prüfung ein unvermeidbares Risiko besteht, dass wesentliche falsche Darstellungen im Jahresabschluss unentdeckt bleiben. Die Prüfung erstreckte sich nicht auf Bereiche, die üblicherweise den Gegenstand von Sonderprüfungen bilden.

Wir führten die Prüfung mit Unterbrechungen im **Zeitraum** von November bis Dezember 2016 (Vorprüfung) sowie Jänner bis März 2017 (Hauptprüfung) überwiegend in den Räumen der Gesellschaft in Perg durch. Die Prüfung wurde mit dem Datum dieses Berichts materiell abgeschlossen.

Für die ordnungsgemäße Durchführung des Auftrages ist Herr Univ. Doz. Dr. Walter Platzer, Wirtschaftsprüfer, **verantwortlich**.

Grundlage für unsere Prüfung ist der mit der Gesellschaft abgeschlossene Prüfungsvertrag, bei dem die von der Kammer der Wirtschaftstreuhänder herausgegebenen "Allgemeinen **Auftragsbedingungen** für Abschlussprüfungen (AAB AP 2011)" (Anlage 5) einen integrierten Bestandteil bilden. Diese Auftragsbedingungen gelten nicht nur zwischen der Gesellschaft und dem Abschlussprüfer, sondern auch gegenüber Dritten. Bezüglich unserer Verantwortlichkeit und Haftung als Abschlussprüfer gegenüber der Gesellschaft und gegenüber Dritten kommt § 275 UGB zur Anwendung.

2. Aufgliederung und Erläuterung von wesentlichen Posten des Jahresabschlusses

Alle erforderlichen Aufgliederungen und Erläuterungen von wesentlichen Posten des Jahresabschlusses sind im Anhang des Jahresabschlusses und Lagebericht enthalten. Wir verweisen daher auf die entsprechenden Angaben der Geschäftsführung im Anhang des Jahresabschlusses und im Lagebericht.

3. Zusammenfassung des Prüfungsergebnisses

3.1. Feststellungen zur Gesetzmäßigkeit von Buchführung und Jahresabschluss und zum Lagebericht

Bei unseren Prüfungshandlungen stellten wir die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und der Grundsätze ordnungsmäßiger **Buchführung** fest.

Im Rahmen unseres risiko- und kontrollorientierten Prüfungsansatzes haben wir - soweit wir dies für unsere Prüfungsaussage für notwendig erachteten - die internen Kontrollen in Teilbereichen des Rechnungslegungsprozesses in die Prüfung einbezogen.

Hinsichtlich der Gesetzmäßigkeit des **Jahresabschlusses** und des **Lageberichtes** verweisen wir auf unsere Ausführungen im Bestätigungsvermerk.

3.2. Erteilte Auskünfte

Der gesetzliche Vertreter erteilte die von uns verlangten Aufklärungen und Nachweise. Eine vom gesetzlichen Vertreter unterfertigte Vollständigkeitserklärung haben wir zu unseren Akten genommen.

3.3. Stellungnahme zu Tatsachen nach § 273 Abs 2 und Abs 3 UGB (Ausübung der Redepflicht)

Bei Wahrnehmung unserer Aufgaben als Abschlussprüfer haben wir keine Tatsachen festgestellt, die den Bestand der geprüften Gesellschaft gefährden oder ihre Entwicklung wesentlich beeinträchtigen können oder die schwerwiegende Verstöße des gesetzlichen Vertreters oder von Arbeitnehmern gegen Gesetz oder Gesellschaftsvertrag erkennen lassen. Wesentliche Schwächen bei der internen Kontrolle des Rechnungslegungsprozesses sind uns nicht zur Kenntnis gelangt. Die Voraussetzungen für die Vermutung eines Reorganisationsbedarfs (§ 22 Abs 1 Z 1 URG) sind nicht gegeben.

4. Bestätigungsvermerk

Bericht zum Jahresabschluss

Prüfungsurteil

Wir haben den beigefügten Jahresabschluss der

BULMOR industries GmbH,
Perg,

bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2016, der Gewinn- und Verlustrechnung für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr sowie dem Anhang, geprüft.

Nach unserer Beurteilung entspricht der beigefügte Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt ein möglichst getreues Bild der Vermögens- und Finanzlage zum 31. Dezember 2016 sowie der Ertragslage der Gesellschaft für das an diesem Stichtag endende Geschäftsjahr in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften.

Grundlage für das Prüfungsurteil

Wir haben unsere Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Diese Grundsätze erfordern die Anwendung der International Standards on Auditing (ISA). Unsere Verantwortlichkeiten nach diesen Vorschriften und Standards sind im Abschnitt „Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von der Gesellschaft unabhängig in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und wir haben unsere sonstigen beruflichen Pflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.

Verantwortlichkeiten des gesetzlichen Vertreters für den Jahresabschluss

Der gesetzliche Vertreter ist verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses und dafür, dass dieser in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner ist der gesetzliche Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die er als notwendig erachtet, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses ist der gesetzliche Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen, Sachverhalte im Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit - sofern einschlägig - anzugeben, sowie dafür, den Rechnungslegungsgrundsatz der Fortführung der Unternehmenstätigkeit anzuwenden, es sei denn, der gesetzliche Vertreter beabsichtigt, entweder die Gesellschaft zu liquidieren oder die Unternehmenstätigkeit einzustellen, oder hat keine realistische Alternative dazu.

Verantwortlichkeiten des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses

Unsere Ziele sind, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen - beabsichtigten oder unbeabsichtigten - falschen Darstellungen ist und einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unser Prüfungsurteil beinhaltet. Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, durchgeführte Abschlussprüfung eine wesentliche falsche Darstellung, falls eine solche vorliegt, stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn von ihnen einzeln oder insgesamt vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Nutzern beeinflussen.

Als Teil einer Abschlussprüfung in Übereinstimmung mit den österreichischen Grundsätzen ordnungsmäßiger Abschlussprüfung, die die Anwendung der ISA erfordern, üben wir während der gesamten Abschlussprüfung pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus gilt:

- Wir identifizieren und beurteilen die Risiken wesentlicher - beabsichtigter oder unbeabsichtigter - falscher Darstellungen im Abschluss, planen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken, führen sie durch und erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als ein aus Irrtümern resultierendes, da dolose Handlungen betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen oder das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- Wir gewinnen ein Verständnis von dem für die Abschlussprüfung relevanten internen Kontrollsystem, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit des internen Kontrollsystems der Gesellschaft abzugeben.
- Wir beurteilen die Angemessenheit der vom gesetzlichen Vertreter angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der vom gesetzlichen Vertreter dargestellten geschätzten Werte in der Rechnungslegung und damit zusammenhängende Angaben.
- Wir ziehen Schlussfolgerungen über die Angemessenheit der Anwendung des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit durch den gesetzlichen Vertreter sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die erhebliche Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen kann. Falls wir die Schlussfolgerung ziehen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, in unserem Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch die Abkehr der Gesellschaft von der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zur Folge haben.
- Wir beurteilen die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse in einer Weise wiedergibt, dass ein möglichst getreues Bild erreicht wird.

Grant Thornton
Unitreu

Bericht zum Lagebericht

Der Lagebericht ist auf Grund der österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften darauf zu prüfen, ob er mit dem Jahresabschluss in Einklang steht und ob der Lagebericht nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt wurde.

Der gesetzliche Vertreter ist verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts in Übereinstimmung mit den österreichischen unternehmensrechtlichen Vorschriften.

Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit den Berufsgrundsätzen zur Prüfung des Lageberichts durchgeführt.

Urteil
Nach unserer Beurteilung ist der Lagebericht nach den geltenden rechtlichen Anforderungen aufgestellt worden und steht in Einklang mit dem Jahresabschluss.

Erklärung
Angesichts der bei der Prüfung des Jahresabschlusses gewonnenen Erkenntnisse und des gewonnenen Verständnisses über die Gesellschaft und ihr Umfeld wurden wesentliche fehlerhafte Angaben im Lagebericht nicht festgestellt.

Wien, am 14. März 2017

Grant Thornton Unitreu GmbH
Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft

Univ. Doz. Dr. Walter Platzer
Wirtschaftsprüfer

Grant Thornton Unitreu GmbH Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft A-1200 Wien

Die Veröffentlichung oder Weitergabe des Jahresabschlusses mit unserem Bestätigungsvermerk darf nur in der von uns bestätigten Fassung erfolgen. Dieser Bestätigungsvermerk bezieht sich ausschließlich auf den deutschsprachigen und vollständigen Jahresabschluss samt Lagebericht. Für abweichende Fassungen sind die Vorschriften des § 281 Abs 2 UGB zu beachten.

Anlagen

BULMOR industries GmbH

Anlage 1

Bilanz zum 31. Dezember 2016

	31.12.2016 EUR	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegestände			
1. Software und Lizenzen	268.635,13		
		268.635,13	36.388,09
II. Sachanlagen			
1. Einbauten in fremden Gebäuden	161.370,71		190.035,12
2. technische Anlagen	158.935,78		143.841,55
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	372.899,00		269.945,89
4. Anlagen in Bau	5.982,00		178.127,83
		699.187,49	781.950,39
III. Finanzanlagen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	140.001,58		140.001,58
		140.001,58	140.001,58
		1.107.824,20	**958.340,06**
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2.762.741,53		2.926.803,54
2. unfertige Erzeugnisse	540.207,34		535.205,20
3. fertige Erzeugnisse und Waren	1.381.713,22		1.360.100,70
		4.684.662,09	4.822.109,44
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.811.504,66		2.797.264,71
2. Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	280.806,30		807.926,24
davon aus Lieferungen und Leistungen	*280.806,30*		*222.892,24*
davon sonstige			*585.034,00*
3. Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände	163.099,26		163.217,07
		4.255.410,22	3.768.408,02
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		4.479,16	247.523,04
		8.944.551,47	**8.838.040,50**
C. Rechnungsabgrenzungen		**59.519,88**	**69.249,46**
D. Aktive Latente Steuern		**135.103,00**	**0,00**
Summe Aktiva		**10.246.998,55**	**9.865.630,02**

	31.12.2016 EUR	31.12.2016 EUR	31.12.2015 EUR
A. Eigenkapital			
I. Eingefordertes und einbezahltes Stammkapital		35.000,00	35.000,00
II. Kapitalrücklagen			
1. nicht gebundene		35.927,24	35.927,24
III. Gewinnrücklagen			
1. andere Rücklagen (freie Rücklagen)		191.839,77	191.839,77
IV. Bilanzgewinn		3.372.638,10	3.749.553,91
davon Gewinnvortrag		*2.049.553,91*	*2.389.848,01*
		3.635.405,11	**4.012.320,92**
B. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Abfertigungen	623.252,74		655.884,34
2. Sonstige Rückstellungen	1.541.197,83		1.254.102,54
		2.164.450,57	**1.909.986,88**
C. Verbindlichkeiten			
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	***4.405.362,87***		***3.943.322,22***
davon mt einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	***41.780,00***		***0,00***
1. erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	70.480,00		216.633,50
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	*70.480,00*		*216.633,50*
2. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.845.307,66		1.646.179,98
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	*1.803.527,66*		*1.646.179,98*
davon mt einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	*41.780,00*		*0,00*
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	2.205.484,68		1.646.580,17
davon aus Lieferungen und Leistungen	*105.318,31*		*292.260,04*
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	*105.318,31*		*292.260,04*
davon sonstige	*2.100.166,37*		*1.354.320,13*
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	*2.100.166,37*		*1.354.320,13*
4. Sonstige Verbindlichkeiten	325.870,53		433.928,57
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	*325.870,53*		*433.928,57*
davon aus Steuern	*74.885,99*		*126.458,22*
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	*74.885,99*		*126.458,22*
davon im Rahmen sozialer Sicherheit	*129.011,06*		*127.288,40*
davon mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr	*129.011,06*		*127.288,40*
		4.447.142,87	**3.943.322,22**
Summe Passiva		**10.246.998,55**	**9.865.630,02**
Eventualverbindlichkeiten		82.000,00	124.906,00

Anlage 2

BULMOR industries GmbH

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Jänner bis 31. Dezember 2016

	2016 EUR	2016 EUR	2015 EUR
1. Umsatzerlöse		**38.424.642,21**	**31.782.660,73**
2. Veränderung des Bestandes an unfertigen und fertigen Erzeugnissen		**103.972,26**	**-69.458,27**
3. Andere aktivierte Eigenleistungen		**23.257,43**	**0,00**
4. Sonstige betriebliche Erträge			
a) Erträge aus dem Abgang vom Anlagevermögen	18.366,26		1.800,00
b) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	115.352,53		0,00
c) übrige	298.237,19		439.070,40
		431.955,98	**440.870,40**
5. Aufwendungen für Material uns sonstige bezogene Herstellungsleistungen			
a) Materialaufwand	23.162.410,13		18.691.433,84
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	1.932.529,68		2.217.039,35
		25.094.939,81	**20.908.473,19**
6. Personalaufwand			
a) Löhne	1.905.968,05		1.880.027,56
Gehälter	3.222.066,37		2.851.094,48
b) Soziale Aufwendungen	1.560.040,68		1.381.494,00
aa) Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen	*165.244,84*		*87.330,59*
Sozialabgaben vom Entgelt abhängige Abgaben und Pflichtbeiträge	*1.327.439,62*		*1.233.369,52*
		6.688.075,10	**6.112.616,04**
7. Abschreibungen			
a) Auf immaterielle Vermögensgegenstäge des Anlagevermögens und Sachanlagen		**283.618,20**	**167.003,49**
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen			
a) Steuern, soweit sie nicht unter Steuern vom Einkommen und vom Ertrag fallen	0,00		0,00
b) Übrige	5.382.738,68		4.033.409,64
		5.382.738,68	**4.033.409,64**
9. Betriebsergebnis (Zwischensumme aus Z 1 bis 8)		**1.534.456,09**	**932.570,50**
10. Erträge aus Beteiligungen		**0,00**	**591.626,35**
davon aus verbundenen Unternehmen		*0,00*	*591.626,35*
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		**37.942,19**	**55.587,52**
davon aus verbundenen Unternehmen		*36.960,56*	*50.874,54*
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		**293.137,13**	**155.385,48**
davon betreffend verbundene Unternehmen		*293.137,13*	*155.385,48*
13. Finanzergebnis (Zwischensumme aus Z 10 bis 12)		**-255.194,94**	**491.828,39**
14. Ergebnis vor Steuern (Zwischensumme aus Z 9 bis 12)		**1.279.261,15**	**1.424.398,89**
15. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		**43.823,04**	**-64.692,99**
davon Aufwand bzw. Ertrag aus latenten Steuern		*135.103,00*	*0,00*
16. Ergebnis nach Steuern		**1.323.084,19**	**1.359.705,90**
17. Jahresüberschuss		**1.323.084,19**	**1.359.705,90**
18. Gewinnvortrag aus dem Vorjahr		**2.049.553,91**	**2.389.848,01**
19. Bilanzgewinn		**3.372.638,10**	**3.749.553,91**

1. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Allgemeine Grundsätze

Die Gesellschaft hat den vorliegenden Jahresabschluss zum 31.12.2016 nach den Vorschriften der §§ 189 ff des Unternehmensgesetzbuches (UGB) erstellt.

Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung, sowie unter Beachtung der Generalnorm, ein möglichst getreues Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens zu vermitteln, aufgestellt.

Bei der Erstellung des Jahresabschlusses wurde der Grundsatz der Vollständigkeit eingehalten.

Bei der Bewertung der einzelnen Vermögensgegenstände und Schulden wurde der Grundsatz der Einzelbewertung beachtet und eine Fortführung des Unternehmens unterstellt.

Dem Vorsichtsprinzip wurde dadurch Rechnung getragen, dass nur die am Abschlussstichtag realisierten Gewinne ausgewiesen wurden. Allen erkennbaren Risiken und drohenden Verlusten wurde entsprechend Rechnung getragen.

Auf Grund der Änderungen im UGB (RÄG 2014) haben wir die Form der Darstellung des Jahresabschlusses im Vergleich zum Vorjahr angepasst. Dies betrifft die Umgliederung von sonstigen Erlösen zu den Umsatzerlösen. Die Vorjahresbeträge sind an die neue Gliederung angepasst.

Die bisher angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden mit Ausnahme der Änderungen aufgrund der erstmaligen Anwendung des RÄG 2014 beibehalten. Diese Änderungen betreffen insbesondere:

Die sich aus der erstmaligen Anwendung des RÄG 2014 per 1. Jänner 2016 ergebende aktive latente Steuerabgrenzung in Höhe von + € 135.103,00 wurde im Geschäftsjahr im vollem Umfang nachgeholt.

Die Abfertigungsrückstellung wurde nach anerkannten versicherungsmathematischen Grundsätzen nach dem Teilwertverfahren (Vorjahr: finanzmathematische Berechnung) ermittelt. Der sich aus der erstmaligen Anwendung des RÄG 2014 per 1. Jänner 2016 ergebende Unterschiedsbetrag in Höhe von - € 22.519,20 wurde im Geschäftsjahr in vollem Umfang nachgeholt.

Die Jubiläumsgeldrückstellung wurde nach anerkannten versicherungsmathematischen Grundsätzen nach dem Teilwertverfahren (Vorjahr: finanzmathematische Berechnung) ermittelt. Der sich aus der erstmaligen Anwendung des RÄG 2014 per 1. Jänner 2016 ergebende Unterschiedsbetrag in Höhe von + € 4.940,44 wurde im Geschäftsjahr in vollem Umfang nachgeholt.

Anlagevermögen

Erworbene Immaterielle Vermögensgegenstände

Erworbene immaterielle Anlagewerte wurden zu Anschaffungskosten angesetzt und, sofern sie der Abnutzung unterliegen, um planmäßige Abschreibungen vermindert.

Die planmäßige Abschreibung wird linear vorgenommen. Dabei wird folgende Nutzungsdauer zugrunde gelegt:

	Nutzungsdauer in Jahren
• EDV-Software, Know-How	3 - 5
• Geschäfts- (Firmen-)wert	15

Sachanlagevermögen

Das Sachanlagevermögen wurde zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt und, soweit abnutzbar, um planmäßige Abschreibungen vermindert.

Die planmäßige Abschreibung wird linear vorgenommen, wobei für die einzelnen Anlagengruppen folgende Nutzungsdauer zugrunde gelegt wird:

	Nutzungsdauer in Jahren
• Einbauten in fremde Gebäude	10 - 25
• Mietgeräte	3 - 5
• Büromöbel und Einrichtungsgegenstände	8 - 10
• EDV-Hardware	3 - 5
• Sonstige Betriebs- und Geschäftsausstattung	3 - 10
• Fuhrpark	3 - 5
• Technische Anlagen und Maschinen	5 - 10

Die übrigen geringwertigen Vermögensgegenstände des Geschäftsjahres wurden im Jahr der Anschaffung sofort voll abgeschrieben und als Zugang, Abgang von Abschreibung im Anlagenspiegel dargestellt.

Finanzanlagen

Finanzanlagen wurden zu Anschaffungskosten angesetzt und soweit notwendig außerplanmäßige Abschreibungen durchgeführt.

Zuschreibungen zu Vermögensgegenständen des Anlagevermögens

Zuschreibungen zu Vermögensgegenständen des Anlagevermögens werden dann vorgenommen, wenn die Gründe für die außerplanmäßige Abschreibung weggefallen sind. Die Zuschreibung erfolgt höchstens auf den Nettobuchwert, der sich unter Berücksichtigung der Normalabschreibungen, die inzwischen vorzunehmen gewesen wären, ergibt.

Umlaufvermögen

Vorräte

Die Bewertung der Vorräte erfolgte zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten oder zu niedrigeren Tageswerten. Für die Bewertung der Vorräte wurde das FIFO-Verfahren herangezogen.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände wurden mit dem Nennwert angesetzt. Im Falle erkennbarer Einzelrisiken wurde der niedrigere beizulegende Wert angesetzt.

Fremdwährungsforderungen wurden mit ihrem Entstehungskurs oder mit dem niedrigeren Devisengeldkurs zum Bilanzstichtag bewertet.

Zuschreibungen zu Vermögensgegenständen des Umlaufvermögens

Zuschreibungen zu Vermögensgegenständen des Umlaufvermögens werden vorgenommen, wenn die Gründe für die Abschreibung weggefallen sind.

Latente Ertragsteuern

Für Unterschiede zwischen unternehmensrechtlichen und den steuerrechtlichen Wertansätzen bei Vermögensgegenständen, Rückstellungen, Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten, die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen, bilden wir in Höhe der sich insgesamt ergebenden Steuerbelastung eine Rückstellung für passive latenten Steuern. Führen diese Unterschiede in Zukunft zu einer Steuerentlastung setzen wird diese als aktive latente Steuern in der Bilanz an.

Für steuerliche Verlustvorträge bilden wir keine aktiven latenten Steuern.

Die Bewertung der latenten Steuern erfolgt mit dem aktuellen Körperschaftsteuersatz von 25% ohne Berücksichtigung einer Abzinsung. Dabei werden keine latenten Steuern auf steuerliche Verlustvorträge berücksichtigt.

Rückstellungen

Rückstellungen für Anwartschaften auf Abfertigungen

Die Abfertigungsrückstellung wurde nach anerkannten versicherungsmathematischen Grundsätzen nach dem Teilwertverfahren auf Basis eines Rechnungszinssatzes von 3,28% (Vorjahr: 2,50% finanzmathematisch), einer durchschnittlichen Bezugserhöhung von 1,50% und des gesetzlichen Pensionsantrittsalters (BBG 2003) ermittelt. Ein entsprechender Branchenfluktuationsabschlag wurde ebenfalls berücksichtigt.

Der sich aus der erstmaligen Anwendung des RÄG 2014 per 1. Jänner 2016 ergebende Unterschiedsbetrag in Höhe von - € 22.519,20 wurde im Geschäftsjahr in vollem Umfang nachgeholt.

Jubiläumsgeldrückstellungen

Die Jubiläumsgeldrückstellung wurde nach anerkannten versicherungsmathematischen Grundsätzen nach dem Teilwertverfahren auf Basis eines Rechnungszinssatzes von 3,28% (Vorjahr: 2,50% finanzmathematisch), einer durchschnittlichen Bezugserhöhung von 1,50% und des gesetzlichen Pensionsantrittsalters (BBG 2003) ermittelt. Ein entsprechender Branchenfluktuationsabschlag wurde ebenfalls berücksichtigt.

Der sich aus der erstmaligen Anwendung des RÄG 2014 per 1. Jänner 2016 ergebende Unterschiedsbetrag in Höhe von + € 4.940,44 wurde im Geschäftsjahr in vollem Umfang nachgeholt.

Sonstige Rückstellungen

In den sonstigen Rückstellungen wurden unter Beachtung des Vorsichtsprinzips alle im Zeitpunkt der Bilanzerstellung erkennbaren Risiken und der Höhe oder dem Grunde nach ungewisse Verbindlichkeiten mit den Erfüllungsbeträgen berücksichtigt, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlich sind.

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag unter Bedachtnahme auf den Grundsatz der Vorsicht ermittelt.

Fremdwährungsverbindlichkeiten wurden mit ihrem Entstehungskurs oder mit dem höheren Devisenbriefkurs zum Bilanzstichtag bewertet.

2. Erläuterungen zur Bilanz

2.1. Erläuterungen zu einzelnen Posten von Bilanz und GuV

Entwicklung des Anlagevermögens

Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens und die Aufgliederung der Jahresabschreibung nach einzelnen Posten sind in folgendem Anlagenspiegel dargestellt:

	Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten					kumulierte Abschreibungen					Buchwerte	
	01.01.2016	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	31.12.2016	01.01.2016	Zugang	Abgang	Zuschreibung	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016
	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€	€
I. Immaterielle Vermögensgegenstände												
1. Software sowie Lizenzen	351.401,47	137.019,03	2.369,88	178.127,83	664.178,45	315.013,38	82.899,82	2.369,88	0,00	395.543,32	36.388,09	268.635,13
	351.401,47	137.019,03	2.369,88	178.127,83	664.178,45	315.013,38	82.899,82	2.369,88	0,00	395.543,32	36.388,09	268.635,13
II. Sachanlagen												
1. Einbauten in fremden Gebäuden	379.340,55	5.741,40	20.096,09	0,00	364.985,86	189.305,43	30.925,74	16.616,02	0,00	203.615,15	190.035,12	161.370,71
2. technische Anlagen	837.512,97	45.829,78	17.460,28	0,00	865.882,47	693.671,42	30.735,55	17.460,28	0,00	706.946,69	143.841,55	158.935,78
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	592.426,38	244.020,70	85.933,39	0,00	750.513,69	322.480,49	139.057,09	83.922,89	0,00	377.614,69	269.945,89	372.899,00
4. Anlagen im Bau	178.127,83	5.982,00	0,00	-178.127,83	5.982,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	178.127,83	5.982,00
	1.987.407,73	301.573,88	123.489,76	-178.127,83	1.987.364,02	1.205.457,34	200.718,38	117.999,19	0,00	1.288.176,53	781.950,39	699.187,49
III. Finanzanlagen												
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	140.001,58	0,00	0,00	0,00	140.001,58	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	140.001,58	140.001,58
SUMME ANLAGENSPIEGEL	**2.478.810,78**	**438.592,91**	**125.859,64**	**0,00**	**2.791.544,05**	**1.520.470,72**	**283.618,20**	**120.369,07**	**0,00**	**1.683.719,85**	**958.340,06**	**1.107.824,20**

Anteile an verbundenen Unternehmen

Als Beteiligungen werden folgende Anteile ausgewiesen:

Name und Sitz		Anteilshöhe	Eigenkapital 31.12.2016	Jahresergebnis 2016
		%	in T€	in T€
BULMOR Lancer Ltd.	Leighton Buzzard (UK)	100 %	1.276	236

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Wertberichtigungen von **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** betragen rd. T€ 174,5 (Vorjahr: rund T€ 170,1).

Die **Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen** betreffen Warenlieferungen an Konzerngesellschaften.

Im Posten **Sonstige Forderungen und Vermögensgegenstände** sind Erträge in Höhe von T€ 163,1 enthalten, die erst im Folgejahr zahlungswirksam werden.

Stammkapital

Das Stammkapital beträgt € 35.000,00 und ist zur Gänze einbezahlt.

In der Bilanz nicht gesondert ausgewiesene Rückstellungen

Folgende Rückstellungen haben einen erheblichen Umfang, wurden jedoch in der Bilanz nicht gesondert ausgewiesen:

	Stand 01.01.2016	Verwendung	Auflösung	Übernahme	Zuweisung	Stand 31.12.2016
	€	€	€	€	€	€
RST nicht konsum. Urlaube	256.762,48	256.762,48	0,00	0,00	272.240,72	272.240,72
RST Überstunden	119.985,39	119.985,39	0,00	0,00	110.085,67	110.085,67
RST Dienstjubiläum	282.383,53	0,00	28.152,53	0,00	0,00	254.231,00
RST Prämien	205.808,70	205.808,70	0,00	0,00	241.749,94	241.749,94
RST Garantien	181.400,00	181.400,00	0,00	0,00	345.440,00	345.440,00
RST Garantien I/C	87.200,00	0,00	87.200,00	0,00	0,00	0,00
RST Beratungskosten	14.800,00	14.800,00	0,00	0,00	31.400,00	31.400,00
RST Sonstige	105.762,44	105.762,44	0,00	0,00	286.050,50	286.050,50
	1.254.102,54	**884.519,01**	**115.352,53**	**0,00**	**1.286.966,83**	**1.541.197,83**

Vorjahr	Stand 01.01.2015	Verwendung	Auflösung	Übernahme	Zuweisung	Stand 31.12.2015
	€	€	€	€	€	€
RST nicht konsum. Urlaube	189.286,14	189.286,14	0,00	2.343,36	254.419,12	256.762,48
RST Überstunden	51.712,67	51.712,67	0,00	0,00	119.985,39	119.985,39
RST Dienstjubiläum	228.546,97	11.801,58	1.749,30	14.460,29	52.927,15	282.383,53
RST Prämien	90.977,70	76.262,00	14.715,70	0,00	205.808,70	205.808,70
RST Garantien	104.100,00	104.100,00	0,00	0,00	181.400,00	181.400,00
RST Garantien I/C	103.800,00	63.971,38	0,00	0,00	47.371,38	87.200,00
RST Beratungskosten	16.900,00	16.900,00	0,00	0,00	14.800,00	14.800,00
RST Sonstige	80.100,00	80.100,00	0,00	0,00	105.762,44	105.762,44
	865.423,48	**594.133,77**	**16.465,00**	**16.803,65**	**982.474,18**	**1.254.102,54**

Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten wurden mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Für die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** wurden folgende dingliche Sicherheiten bestellt:
- Verpfändung des gesamten Warenlagers und
- Verpfändung aller Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Diese Sicherheiten dienen sowohl der Besicherung der eigenen Bankverbindlichkeiten als auch der Verbindlichkeiten der Konzerngesellschaften.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen** betreffen überwiegend Verbindlichkeiten gegenüber der FINANZSERVICE GmbH im Rahmen des Cash Poolings von T€ 2.008,9 (Vorjahr: T€ 1.289,6), Provisionen an Bulmor Deutschland GmbH in Höhe von T€ 105,3 (Vorjahr: T€ 292,1) sowie eine Steuerumlage in Höhe von T€ 91,3 gegenüber der Industrie Holding GmbH.

Im Posten **"Sonstige Verbindlichkeiten"** sind Aufwendungen in Höhe von rd. T€ 325,9 enthalten, die als Aufwand erfasst wurden, aber erst im Folgejahr zahlungswirksam werden.

Verpflichtungen aus der Nutzung von in der Bilanz nicht ausgewiesenen Sachanlagen liegen in folgendem Ausmaß vor:

Art der Verpflichtung	Verpflichtungen bis ein Jahr €	Verpflichtungen bis fünf Jahre €
Leasing- und Mietverpflichtungen	927.121,13	2.680.687,62
Andere vertragliche Verpflichtungen	0,00	0,00
	927.121,13	2.680.687,62

Art der Verpflichtung	*Verpflichtungen bis ein Jahr* €	*Verpflichtungen bis fünf Jahre* €
Leasing- und Mietverpflichtungen	*614.558,94*	*2.299.011,15*
Andere vertragliche Verpflichtungen	*0,00*	*0,00*
	614.558,94	*2.299.011,15*

Haftungsverhältnisse i. S. d. § 199 UGB

Die Eventualverbindlichkeiten setzen sich wie folgt zusammen:

	31.12.2016 €	31.12.2015 €
Bankgarantien gegenüber Lieferanten	82.000,00	124.906,00

Zum Bilanzstichtag bestanden solidarische Rückkaufverpflichtungen im Zusammenhang mit Leasinggeschäften der Bulmor Lancer Ltd. in Höhe von T€ 714,0, wobei die Rückkaufpreise den Marktwerten entsprechen.

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Von den ausgewiesen Umsatzerlösen betreffen rd. € 12,9 Mio Inlandsumsätze (Vorjahr: € 10,4 Mio) und rd. € 25,5 Mio Auslandsumsätze (Vorjahr: 21,3 Mio). Von den Umsätzen entfallen rd. € 11,1 Mio auf Konzernerlöse (Vorjahr: 9,1 Mio).

Von den sonstigen Erträgen betreffen rd. T€ 138,6 Garantievergütungen, rd. T€ 109,6 Prämien Finanzamt, rd. T€ 28,2 Erträge aus der Auflösung von Personalrückstellungen, T€ 87,2 Erträge aus der Auflösung von Gewährleistungsrückstellungen und rd. T€ 38,0 Verrechnungen an Konzerngesellschaften.

Aufgliederung der Aufwendungen für Abfertigungen und Leistungen an betriebliche Mitarbeitervorsorgekassen:

	2016 €	2015 €
Abfertigungszahlungen	146.753,04	0,00
MVK-Beiträge	51.123,40	42.554,92
Dotierung/Auflösung Rückstellung für Abfertigungen	- 32.631,60	44.775,67
	165.244,84	87.330,59

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** umfassen vor allem weiterverrechnete Verwaltungs-, Raum-, Lizenz- und Personalkosten im Konzern, Aufwendungen für Mieten und Leasing, Rechts-, Prüfungs- und Beratungsaufwand, Kraftfahrzeugaufwand sowie sonstige Vertriebskosten.

3. Sonstige Pflichtangaben

Unternehmensbeziehungen

Alleingesellschafterin des Unternehmens ist die BULMOR Holding GmbH, Wien. Die Gesellschaft wird in den Konzernabschluss der INDUSTRIE HOLDING GmbH einbezogen (und deshalb gemäß §245 UGB von der Verpflichtung einen eigenen Konzernabschluss zu erstellen befreit). Der Konzernabschluss wird beim Firmengericht des Handelsgerichtes Wien unter der Nummer FN 182008i hinterlegt.

Alle Unternehmen des INDUSTRIE HOLDING-Konzerns werden im vorliegenden Jahresabschluss als verbundene Unternehmen aufgefasst.

Zwischen den in- und ausländischen Konzerngesellschaften bestehen enge finanzielle und liquiditätsmäßige Verflechtungen.

Cash Pooling

Die Gesellschaft nimmt am Cash Pooling des Industrie Holding Konzerns teil. Der Poolführer und Inhaber des Masterkontos ist die Finanzservice GmbH, die Patronin die Industrie Holding GmbH. Der Ausgleich der Liquiditätsspitzen der teilnehmenden Gesellschaften gegen ein konzerninternes Masterkonto bewirkt einen konzernalen, nach außen wirkenden Liquiditätssaldo und optimiert dadurch das Finanzergebnis und die Liquiditätssteuerung des Konzerns.

Netting

Die Gesellschaft nimmt am Netting des Industrie Holding Konzerns teil. Das System stellt den bargeldlosen Ausgleich von konzerninternen Forderungen und Verbindlichkeiten zu im Konzern festgelegten Terminen sicher und optimiert damit die konzerninternen Verrechnungssysteme. Die Leitgesellschaft für diesen Vorgang ist die Finanzservice GmbH. Die Forderungen und Verbindlichkeiten werden zum langfristigen Kreditzinssatz verzinst.

Steuerliche Unternehmensgruppe nach § 9 KStG

Die Gesellschaft ist seit 1.1.2008 Gruppenmitglied der Unternehmensgruppe gemäß § 9 KStG, mit der Industrie Holding GmbH als Gruppenträger.
Zwischen dem Gruppenmitglied und dem Gruppenträger besteht eine Vereinbarung über den Steuerausgleich. Danach hat das Gruppenmitglied im Falle eines positiven Ergebnisses eine Steuerumlage (Steuersatz 25%) an den Gruppenträger zu entrichten. Die Steuerumlage wird jedoch dem Gruppenmitglied nur insoweit (anteilig) in Rechnung gestellt, als beim Gruppenträger für das betreffende Wirtschaftsjahr und für die gesamte Unternehmensgruppe Körperschaftsteuer anfällt. Die Differenz zwischen der ermittelten Steuerlast und der in Rechnung gestellten Steuerumlage wird evident gehalten. Als Differenz für das Geschäftsjahr 2016 wurde die Steuerlast um T€ 233,8 zu niedrig ausgewiesen, am Evidenzkonto befinden sich in Summe T€ 897,5 an zu niedrig verrechneter Steuer.
Im Falle eines Verlustes eines Gruppenmitglieds hat der Gruppenträger den Verlust des Gruppenmitglieds evident zu halten und in den Folgejahren gegen Gewinne des Gruppenmitglieds nach den Vorschriften des KStG gegenzurechnen. Insoweit evident gehaltene steuerliche Verluste verrechnet werden, entfällt die Verpflichtung des betreffenden Gruppenmitglieds zur Zahlung einer Steuerumlage (Steuersatz 25%).

Geschäfte der Gesellschaft mit nahe stehenden Unternehmen und Personen

Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen fanden im Geschäftsjahr nicht bzw. nur zu fremdüblichen Konditionen statt.

Zahl der Arbeitnehmer

Die durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer gegliedert nach Arbeitern und Angestellten beträgt (§ 239 Abs. 1 Z 1 UGB):

	2016	2015
Arbeiter	52	50
Angestellte	53	50
Gesamt	105	100

Ergebnisverwendung

Es wird vorgeschlagen, den Bilanzgewinn in Höhe von € 3.372.638,10 auf neue Rechnung vorzutragen.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Nach dem Bilanzstichtag sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, die zu einer wesentlich anderen Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage geführt hätten.

Aufwendungen des Abschlussprüfers

Die Aufwendungen für den Abschlussprüfer gem § 238 Z14 UGB beliefen sich auf TEUR 31,4. Dieser Betrag betraf mit TEUR 31,4 ausschließlich die Prüfung des Jahresabschlusses und keine sonstigen Beratungs- oder Dienstleistungen.

Bezüge für Tätigkeiten der Mitglieder der Geschäftsführung

Von der Befreiungsbestimmung gemäß § 242 Abs. 4 UGB wird Gebrauch gemacht.

Angaben zu den Mitgliedern der Geschäftsführung

Geschäftsführer:	seit
Dr. Walther Pitscheneder	01.01.2016

Geschäftsführer

Perg, am 14. März 2017

.....

Dr. Walther Pitscheneder

Lagebericht BULMOR industries GmbH

Die bulmor industries GmbH (BULMOR) ist ein führender Entwickler, Hersteller und Verkäufer von speziellen Flurförderfahrzeugen für den Transport von langen schweren Lasten und von Fahrzeugen für den Transport mobilitätseingeschränkter Personen auf Flughäfen. Neben dem Geschäft mit Neugeräten sind die Ersatzteilversorgung, Maschinenhandel und Aufbereitung sowie das Service der Geräte weitere integrale Bestandteile der Geschäftstätigkeit von BULMOR.

BULMOR produziert am Standort Perg in Oberösterreich Seitenstapler, Mehrwege-Seitenstapler, Kommissionierlösungen sowie Spezialfahrzeuge und vertreibt diese weltweit über Vertriebspartner, die konzernverbundene Bulmor Deutschland GmbH (Deutschland) bzw. direkt an Endkunden.

BULMOR betreibt mit der Bulmor Lancer Limited in Großbritannien eine 100%ige Tochtergesellschaft, welche insbesondere die Produkte von BULMOR verkauft und serviciert. Flughafen-Bodengeräte werden insbesondere über die konzernverbundene Bulmor airground technologies GmbH (Österreich) vertrieben.

Geschäftsverlauf

Der Umsatz des Gesamtjahres 2016 belief sich auf € 38,4 Mio und lag mit rund +20,9% signifikant über dem Niveau des Vorjahres (Vorjahr € 31,8 Mio).

Der Betriebserfolg (EBIT), lag 2016 bei € 1,5 Mio und somit deutlich über dem Wert des Vorjahres (Vorjahr € 0,9 Mio). Der Anstieg des Ergebnisses liegt vorwiegend in den gestiegenen Umsätzen sowie Produktivitätssteigerungen am Shop Floor. Die Umsatzrentabilität (EBIT/Umsatz) liegt für das Geschäftsjahr 2016 bei 4,0% (Vorjahr: 2,9%).

Das Ergebnis vor Steuern wurde mit € 1,3 Mio (Vorjahr € 1,4 Mio) ausgewiesen.
Die Eigenkapitalquote (Eigenkapital/Gesamtkapital) beträgt zum Bilanzstichtag 35,5% (Vorjahr 40,7%).

Risikobeurteilung

Die wesentlichen Risiken, denen die Gesellschaft ausgesetzt ist, werden insbesondere durch folgende Maßnahmen begrenzt:

- Allgemeines Marktrisiko: breites Produkt- und Länderportfolio
- Delkredererisiko: breite Kundenstruktur; Absicherung durch Eigentumsvorbehalte; systematisches Mahnwesen
- Liquiditätsrisiko: konzernweite Liquiditätsplanung; regelmäßiges Reporting mit Soll-/Ist-Vergleichen
- Währungsrisiko: weitestgehende Euro-Bindung der Absatzgeschäfte
- Zinssatzrisiko: laufende Beobachtung der Finanzmärkte; konzernweite Finanzplanung
- Lieferantenrisiko: Rahmenverträge; mehrere Lieferanten für Schlüsselkomponenten

- Risiko Ausfall der IT-Systeme für Produktion, Logistik und Rechnungswesen: redundante Datenspeicherung durch ein externes Rechenzentrum

Forschung und Entwicklung

Die Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten des Unternehmens konzentrieren sich auf die Weiterentwicklung bestehender Modelle und Prüfung neuer Anwendungsbereiche, welche aus technischer Sicht die Marktposition festigen und ausbauen sollen. Dabei nimmt auch weiterhin der Trend zu intensiverer Vernetzung (Digitalisierung) und alternativen Antriebssystemen einen zentralen Stellenwert ein.

Ausblick

Bulmor industries GmbH konnte das Geschäftsjahr 2017 mit der geplanten Intensität am Standort Perg beginnen. Die zukünftige Marktentwicklung ist verhalten optimistisch, aber aufgrund der aktuellen Themen wie zB. Brexit, Regierungswechsel in den USA, Stahl- und Ölpreisentwicklung schwer einzuschätzen. Dennoch wird mit der bestehenden Produktpalette verstärkt in außereuropäische Regionen expandiert und neue Anwendungsfelder gesucht, wo die Nachfrage nach hochqualitativen Produkten zusätzliches Wachstum erwarten lässt. Ein erweitertes Produktangebot und die technische Weiterentwicklung der bestehenden Produktserien werden die Marktposition von Bulmor stärken.

Durch eine konsequente Weiterverfolgung der eingeleiteten strategischen und operativen Maßnahmen wird auch mittel- und langfristig von einer guten und konstanten Produktivität und Profitabilität ausgegangen.

Für das laufende Jahr 2017 geht das Management von einem positiven Jahresüberschuss und als Folge daraus einer weiteren Steigerung des Eigenkapitals aus. Der eingeschlagene Weg wird weiterhin konsequent umgesetzt.

Perg, am 14. März 2017

Dr. Walther Pitscheneder
Geschäftsführung

KAMMER DER
WIRTSCHAFTSTREUHÄNDER

Allgemeine Auftragsbedingungen für Abschlussprüfungen (AAB AP 2011)

Auszug aus den vom Vorstand der Kammer der Wirtschaftstreuhänder mit Beschluss vom 8.3.2000 zur Anwendung empfohlenen Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftstreuhandberufe, umfassende Teile der Präambel und die Punkte 1 bis 16 des I. Teiles. Adaptiert vom Arbeitskreis für Honorarfragen und Auftragsbedingungen am 23.5.2002, am 21.10.2004, am 18.12.2006, am 31.8.2007, am 26.2.2008, am 30.6.2009, am 22.3.2010 sowie am 21.2.2011.

Präambel und Allgemeines

(1) Wird nicht abgedruckt.

(2) Für alle Teile der Auftragsbedingungen gilt, dass, falls einzelne Bestimmungen unwirksam sein sollten, dies die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen nicht berührt. Die unwirksame Bestimmung ist durch eine gültige, die dem angestrebten Ziel möglichst nahe kommt, zu ersetzen.

(3) Für alle Teile der Auftragsbedingungen gilt weiters, dass der zur Ausübung eines Wirtschaftstreuhandberufes Berechtigte verpflichtet ist, bei der Erfüllung der vereinbarten Leistung nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Berufsausübung vorzugehen. Er ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages hiefür geeigneter Mitarbeiter zu bedienen.

(4) Für alle Teile der Auftragsbedingungen gilt schließlich, dass ausländisches Recht vom Berufsberechtigten nur bei ausdrücklicher schriftlicher Vereinbarung zu berücksichtigen ist.

(5) Die in der Kanzlei des Berufsberechtigten erstellten Arbeiten können nach Wahl des Berufsberechtigten entweder mit oder ohne elektronische Datenverarbeitung erstellt werden. Für den Fall des Einsatzes von elektronischer Datenverarbeitung ist der Auftraggeber, nicht der Berufsberechtigte, verpflichtet, die nach den DSG notwendigen Registrierungen oder Verständigungen vorzunehmen.

(6) Der Auftraggeber verpflichtet sich, Mitarbeiter des Berufsberechtigten während und binnen eines Jahres nach Beendigung des Auftragsverhältnisses nicht in seinem Unternehmen oder in einem ihm nahestehenden Unternehmen zu beschäftigen, widrigenfalls er sich zur Bezahlung eines Jahresbezuges des übernommenen Mitarbeiters an den Berufsberechtigten verpflichtet.

I.TEIL

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen des I. Teiles gelten für Verträge über (gesetzliche und freiwillige) Prüfungen mit und ohne Bestätigungsvermerk, Gutachten, gerichtliche Sachverständigentätigkeit, Erstellung von Jahres- und anderen Abschlüssen, Steuerberatungstätigkeit und über andere im Rahmen eines Werkvertrages zu erbringende Tätigkeiten mit Ausnahme der Führung der Bücher, der Vornahme der Personalsachbearbeitung und der Abgabenverrechnung.

(2) Die Auftragsbedingungen gelten, wenn ihre Anwendung ausdrücklich oder stillschweigend vereinbart ist. Darüber hinaus sind sie mangels anderer Vereinbarung Auslegungsbehelf.

(3) Punkt 8 gilt auch gegenüber Dritten, die vom Beauftragten zur Erfüllung des Auftrages im Einzelfall herangezogen werden.

2. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Auf die Absätze 3 und 4 der Präambel wird verwiesen.

(2) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen schriftlichen als auch mündlichen Äußerung, so ist der Berufsberechtigte nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen. Dies gilt auch für abgeschlossene Teile eines Auftrages.

(3) Ein vom Berufsberechtigten bei einer Behörde (z.B. Finanzamt, Sozialversicherungsträger) elektronisch eingereichtes Anbringen ist als nicht von ihm beziehungsweise vom übermittelnden Bevollmächtigten unterschrieben anzusehen.

3. Aufklärungspflicht des Auftraggebers; Vollständigkeitserklärung

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Berufsberechtigten auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen rechtzeitig vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Berufsberechtigten bekannt werden.

(2) Der Auftraggeber hat dem Berufsberechtigten die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen im Falle von Prüfungen, Gutachten und Sachverständigentätigkeit schriftlich zu bestätigen. Diese Vollständigkeitserklärung kann auf den berufsüblichen Formularen abgegeben werden.

(3) Wenn bei der Erstellung von Jahresabschlüssen und anderen Abschlüssen vom Auftraggeber erhebliche Risken nicht bekannt gegeben worden sind, bestehen für den Auftragnehmer insoweit keinerlei Ersatzpflichten.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, alle Vorkehrungen zu treffen, um zu verhindern, dass die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Berufsberechtigten gefährdet wird, und hat selbst jede Gefährdung dieser Unabhängigkeit zu unterlassen. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Der Auftraggeber stimmt zu, dass seine persönlichen Daten, nämlich sein Name sowie Art und Umfang inklusive Leistungszeitraum der zwischen Berufsberechtigten und Auftraggeber vereinbarten Leistungen (sowohl Prüfungs- als auch Nichtprüfungsleistungen) zum Zweck der Überprüfung des Vorliegens von Befangenheits- oder Ausschließungsgründen iSd §§ 271 ff UGB im Informationsverbund (Netzwerk), dem der Berufsberechtigte angehört, verarbeitet und zu diesem Zweck an die übrigen Mitglieder des Informationsverbundes (Netzwerkes) auch ins Ausland übermittelt werden (eine Liste aller Übermittlungsempfänger wird dem Auftraggeber auf dessen Wunsch vom beauftragten Berufsberechtigten zugesandt). Hierfür entbindet der Auftraggeber den Berufsberechtigten nach dem Datenschutzgesetz und gem § 91 Abs 4 Z 2 WTBG ausdrücklich von dessen Verschwiegenheitspflicht. Der Auftraggeber nimmt in diesem Zusammenhang des Weiteren zur Kenntnis, dass in Staaten, die nicht Mitglieder der EU sind, ein niedrigeres Datenschutzniveau als in der EU herrschen kann. Der Auftraggeber kann diese Zustimmung jederzeit schriftlich an den Berufsberechtigten widerrufen.

5. Berichterstattung

(1) Bei Prüfungen und Gutachten ist, soweit nichts anderes vereinbart wurde, ein schriftlicher Bericht zu erstatten.

(2) Gibt der Berufsberechtigte über die Ergebnisse seiner Tätigkeit eine schriftliche Äußerung ab, so haftet er für mündliche Erklärungen über diese Ergebnisse nicht. Für schriftlich nicht bestätigte Erklärungen und Auskünfte von Mitarbeitern haftet der Berufsberechtigte nicht.

(3) Alle Auskünfte und Stellungnahmen vom Berufsberichtigten und seinen Mitarbeitern sind nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich erfolgen oder schriftlich bestätigt werden. Als schriftliche Stellungnahmen gelten nur solche, bei denen eine firmenmäßige Unterfertigung erfolgt. Als schriftliche Stellungnahmen gelten keinesfalls Auskünfte auf elektronischem Wege, insbesondere auch nicht per E-Mail.

(4) Bei elektronischer Übermittlung von Informationen und Daten können Übertragungsfehler nicht ausgeschlossen werden. Der Berufsberechtigte und seine Mitarbeiter haften nicht für Schäden, die durch die elektronische Übermittlung verursacht werden. Die elektronische Übermittlung erfolgt ausschließlich auf Gefahr des Auftraggebers. Dem Auftraggeber ist es bewusst, dass bei Benutzung des Internet die Geheimhaltung nicht gesichert ist. Weiters sind Änderungen oder Ergänzungen zu Dokumenten, die übersandt werden, nur mit ausdrücklicher Zustimmung zulässig.

(5) Der Empfang und die Weiterleitung von Informationen an den Berufsberechtigten und seine Mitarbeiter sind bei Verwendung von Telefon – insbesondere in Verbindung von automatischen Anrufbeantwortungssystemen, Fax, E-Mail und anderen elektronischen Kommunikationsmittel – nicht immer sichergestellt. Aufträge und wichtige Informationen gelten daher dem Berufsberechtigten nur dann als zugegangen, wenn sie auch schriftlich zugegangen sind, es sei denn, es wird im Einzelfall der Empfang ausdrücklich bestätigt. Automatische Übermittlungs- und Lesebestätigungen gelten nicht als solche ausdrücklichen Empfangsbestätigungen. Dies gilt insbesondere für die Übermittlung von Bescheiden und anderen Informationen über Fristen. Kritische und wichtige Mitteilungen müssen daher per Post oder Kurier an den Berufsberechtigten gesandt werden. Die Übergabe von Schriftstücken an Mitarbeiter außerhalb der Kanzlei gilt nicht als Übergabe.

(6) Der Auftraggeber stimmt zu, dass er vom Berufsberechtigten wiederkehrend allgemeine steuerrechtliche und allgemeine wirtschaftsrechtliche Informationen elektronisch übermittelt bekommt. Es handelt sich dabei nicht um unerbetene Nachrichten gemäß § 107 TKG.

6. Schutz des geistigen Eigentums des Berufsberechtigten

(1) Der Auftraggeber ist verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die im Rahmen des Auftrages vom Berufsberechtigten erstellten Berichte, Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Berechnungen und dergleichen nur für Auftragszwecke (z.B. gemäß § 44 Abs 3 EStG 1988) verwendet werden. Im Übrigen bedarf die Weitergabe beruflicher schriftlicher als auch mündlicher Äußerungen des Berufsberechtigten an einen Dritten zur Nutzung der schriftlichen Zustimmung des Berufsberechtigten.

(2) Die Verwendung beruflicher schriftlicher als auch mündlicher Äußerungen des Berufsberechtigten zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Berufsberechtigten zur fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.

(3) Dem Berufsberechtigten verbleibt an seinen Leistungen das Urheberrecht. Die Einräumung von Werknutzungsbewilligungen bleibt der schriftlichen Zustimmung des Berufsberechtigten vorbehalten.

7. Mängelbeseitigung

(1) Der Berufsberechtigte ist berechtigt und verpflichtet, nachträglich hervorkommende Unrichtigkeiten und Mängel in seiner beruflichen schriftlicher als auch mündlicher Äußerung zu beseitigen, und verpflichtet, den Auftraggeber hievon unverzüglich zu verständigen. Er ist berechtigt, auch über die ursprüngliche Äußerung informierte Dritte von der Änderung zu verständigen.

(2) Der Auftraggeber hat Anspruch auf die kostenlose Beseitigung von Unrichtigkeiten, sofern diese durch den Auftragnehmer zu vertreten sind; dieser Anspruch erlischt sechs Monate nach erbrachter Leistung des Berufsberechtigten bzw. – falls eine schriftliche Äußerung nicht abgegeben wird – sechs Monate nach Beendigung der beanstandeten Tätigkeit des Berufsberechtigten.

(3) Der Auftraggeber hat bei Fehlschlägen der Nachbesserung etwaiger Mängel Anspruch auf Minderung. Soweit darüber hinaus Schadenersatzansprüche bestehen, gilt Punkt 8.

8. Haftung

(1) Der Berufsberechtigte haftet nur für vorsätzliche und grob fahrlässig verschuldete Verletzung der übernommenen Verpflichtungen.

(2) Im Falle grober Fahrlässigkeit beträgt die Ersatzpflicht des Berufsberechtigten höchstens das zehnfache der Mindestversicherungssumme der Berufshaftpflichtversicherung gemäß § 11 Wirtschaftstreuhandberufsgesetz (WTBG) in der jeweils geltenden Fassung.

(3) Jeder Schadenersatzanspruch kann nur innerhalb von sechs Monaten nachdem der oder die Anspruchsberechtigten von dem Schaden Kenntnis erlangt haben, spätestens aber innerhalb von drei Jahren ab Eintritt des (Primär)Schadens nach dem anspruchsbegründenden Ereignis gerichtlich geltend gemacht werden, sofern nicht in gesetzlichen Vorschriften zwingend andere Verjährungsfristen festgesetzt sind.

(4) Gilt für Tätigkeiten § 275 UGB kraft zwingenden Rechtes, so gelten die Haftungsnormen des § 275 UGB insoweit sie zwingenden Rechtes sind und zwar auch dann, wenn an der Durchführung des Auftrages mehrere Personen beteiligt gewesen oder mehrere zum Ersatz verpflichtete Handlungen begangen worden sind, und ohne Rücksicht darauf, ob andere Beteiligte vorsätzlich gehandelt haben.

(5) In Fällen, in denen ein förmlicher Bestätigungsvermerk erteilt wird, beginnt die Verjährungsfrist spätestens mit Erteilung des Bestätigungsvermerkes zu laufen.

(6) Wird die Tätigkeit unter Einschaltung eines Dritten, z.B. eines Daten verarbeitenden Unternehmens, durchgeführt und der Auftraggeber hievon benachrichtigt, so gelten nach Gesetz und den Bedingungen des Dritten entstehende Gewährleistungs- und Schadenersatz-ansprüche gegen den Dritten als an den Auftraggeber abgetreten. Der Berufsberechtigte haftet nur für Verschulden bei der Auswahl des Dritten.

(7) Eine Haftung des Berufsberechtigten einem Dritten gegenüber wird bei Weitergabe beruflicher schriftlicher als auch mündlicher Äußerungen durch den Auftraggeber ohne Zustimmung oder Kenntnis des Berufsberechtigten nicht begründet.

(8) Die vorstehenden Bestimmungen gelten nicht nur im Verhältnis zum Auftraggeber, sondern auch gegenüber Dritten, soweit ihnen der Berufsberechtigte ausnahmsweise doch für seine Tätigkeit haften sollte. Ein Dritter kann jedenfalls keine Ansprüche stellen, die über einen allfälligen Anspruch des Auftraggebers hinausgehen. Die Haftungshöchstsumme gilt nur insgesamt einmal für alle Geschädigten, einschließlich der Ersatzansprüche des Auftraggebers selbst, auch wenn mehrere Personen (der Auftraggeber und ein Dritter oder auch mehrere Dritte) geschädigt worden sind; Geschädigte werden nach ihrem Zuvorkommen befriedigt.

9. Verschwiegenheitspflicht, Datenschutz

(1) Der Berufsberechtigte ist gemäß § 91 WTBG verpflichtet, über alle Angelegenheiten, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet oder gesetzliche Äußerungspflichten entgegen stehen.

(2) Der Berufsberechtigte darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen, es sei denn, dass eine gesetzliche Verpflichtung hiezu besteht.

(3) Der Berufsberechtigte ist befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Auftrages zu verarbeiten oder durch Dritte gemäß Punkt 8 Abs 6 verarbeiten zu lassen. Der Berufsberechtigte gewährleistet gemäß § 15 Datenschutzgesetz die Verpflichtung zur Wahrung des Datengeheimnisses. Dem Berufsberechtigten überlassenes Material (Datenträger, Daten, Kontrollzahlen, Analysen und Programme) sowie alle Ergebnisse aus der Durchführung der Arbeiten werden grundsätzlich dem Auftraggeber gemäß § 11 Datenschutzgesetz zurückgegeben, es sei denn, dass ein schriftlicher Auftrag seitens des Auftraggebers vorliegt, Material bzw. Ergebnis an Dritte weiterzugeben. Der Berufsberechtigte verpflichtet sich, Vorsorge zu treffen, dass der Auftraggeber seiner Auskunftspflicht laut § 26 Datenschutzgesetz nachkommen kann. Die dazu notwendigen Aufträge des Auftraggebers sind schriftlich an den Berufsberechtigten weiterzugeben. Sofern für solche Auskunftsarbeiten kein Honorar vereinbart wurde, ist nach tatsächlichem Aufwand an den Auftraggeber zu verrechnen. Der Verpflichtung zur Information der Betroffenen bzw. Registrierung im Datenverarbeitungsregister hat der Auftraggeber nachzukommen, sofern nichts Anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart wurde.

10. Kündigung

(1) Soweit nicht etwas Anderes schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist, können die Vertragspartner den Vertrag jederzeit mit sofortiger Wirkung kündigen. Der Honoraranspruch bestimmt sich nach Punkt 12.

(2) Ein – im Zweifel stets anzunehmender – Dauerauftrag (auch mit Pauschalvergütung) kann allerdings, soweit nichts Anderes schriftlich vereinbart ist, ohne Vorliegen eines wichtigen Grundes (vergleiche § 88 Abs 4 WTBG) nur unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten zum Ende eines Kalendermonats gekündigt werden.

(3) Bei einem gekündigten Dauerauftragsverhältnis zählen - außer in Fällen des Abs 5 - nur jene einzelnen Werke zum verbleibenden Auftragsstand, deren vollständige oder überwiegende Ausführung innerhalb der Kündigungsfrist möglich ist, wobei Jahresabschlüsse und Jahressteuererklärungen innerhalb von 2 Monaten nach Bilanzstichtag als überwiegend ausführbar anzusehen sind. Diesfalls sind sie auch tatsächlich innerhalb berufsüblicher Frist fertig zu stellen, sofern sämtliche

erforderlichen Unterlagen unverzüglich zur Verfügung gestellt werden und soweit nicht ein wichtiger Grund iSd § 88 Abs 4 WTBG vorliegt.

(4) Im Falle der Kündigung gemäß Abs 2 ist dem Auftraggeber innerhalb Monatsfrist schriftlich bekannt zu geben, welche Werke im Zeitpunkt der Kündigung des Auftragsverhältnisses noch zum fertig zu stellenden Auftragsstand zählen.

(5) Unterbleibt die Bekanntgabe von noch auszuführenden Werken innerhalb dieser Frist, so gilt der Dauerauftrag mit Fertigstellung der zum Zeitpunkt des Einlangens der Kündigungserklärung begonnenen Werke als beendet.

(6) Wären bei einem Dauerauftragsverhältnis im Sinne der Abs 2 und 3 - gleichgültig aus welchem Grunde - mehr als 2 gleichartige, üblicherweise nur einmal jährlich zu erstellende Werke (z.B. Jahresabschlüsse, Steuererklärungen etc.) fertig zu stellen, so zählen die darüber hinaus gehenden Werke nur bei ausdrücklichem Einverständnis des Auftraggebers zum verbleibenden Auftragsstand. Auf diesen Umstand ist der Auftraggeber in der Mitteilung gemäß Abs 4 gegebenenfalls ausdrücklich hinzuweisen.

11. Annahmeverzug und unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers

Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Berufsberechtigten angebotenen Leistung in Verzug oder unterlässt der Auftraggeber eine ihm nach Punkt 3 oder sonst wie obliegende Mitwirkung, so ist der Berufsberechtigte zur fristlosen Kündigung des Vertrages berechtigt. Seine Honoraransprüche bestimmen sich nach Punkt 12. Annahmeverzug sowie unterlassene Mitwirkung seitens des Auftraggebers begründen auch dann den Anspruch des Berufsberechtigten auf Ersatz der ihm hierdurch entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, wenn der Berufsberechtigte von seinem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

12. Honoraranspruch

(1) Unterbleibt die Ausführung des Auftrages (z.B. wegen Kündigung), so gebührt dem Berufsberechtigten gleichwohl das vereinbarte Entgelt, wenn er zur Leistung bereit war und durch Umstände, deren Ursache auf Seiten des Bestellers liegen, daran verhindert worden ist (§ 1168 ABGB); der Berufsberechtigte braucht sich in diesem Fall nicht anrechnen zu lassen, was er durch anderweitige Verwendung seiner und seiner Mitarbeiter Arbeitskraft erwirbt oder zu erwerben unterlässt.

(2) Unterbleibt eine zur Ausführung des Werkes erforderliche Mitwirkung des Auftraggebers, so ist der Berufsberechtigte auch berechtigt, ihm zur Nachholung eine angemessene Frist zu setzen mit der Erklärung, dass nach fruchtlosem Verstreichen der Frist der Vertrag als aufgehoben gelte, im Übrigen gelten die Folgen des Abs 1.

(3) Kündigt der Berufsberechtigte ohne wichtigen Grund zur Unzeit, so hat er dem Auftraggeber den daraus entstandenen Schaden nach Maßgabe des Punktes 8 zu ersetzen.

(4) Ist der Auftraggeber – auf die Rechtslage hingewiesen – damit einverstanden, dass sein bisheriger Vertreter den Auftrag ordnungsgemäß zu Ende führt, so ist der Auftrag auch auszuführen.

13. Honorar

(1) Sofern nicht ausdrücklich Unentgeltlichkeit, aber auch nichts Anderes vereinbart ist, wird gemäß § 1004 und § 1152 ABGB eine angemessenen Entlohnung geschuldet. Sofern nicht nachweislich eine andere Vereinbarung getroffen wurde sind Zahlungen des Auftraggebers immer auf die älteste Schuld anzurechnen. Der Honoraranspruch des Berufsberechtigten ergibt sich aus der zwischen ihm und seinem Auftraggeber getroffenen Vereinbarung.

(2) Das gute Einvernehmen zwischen den zur Ausübung eines Wirtschaftstreuhandberufes Berechtigten und ihren Auftraggebern wird vor allem durch möglichst klare Entgeltvereinbarungen bewirkt.

(3) Die kleinste verrechenbare Leistungseinheit beträgt eine viertel Stunde.

(4) Auch die Wegzeit wird üblicherweise im notwendigen Umfang verrechnet.

(5) Das Aktenstudium in der eigenen Kanzlei, das nach Art und Umfang zur Vorbereitung des Berufsberechtigten notwendig ist, kann gesondert verrechnet werden.

(6) Erweist sich durch nachträglich hervorgekommene besondere Umstände oder besondere Inanspruchnahme durch den Auftraggeber ein bereits vereinbartes Entgelt als unzureichend, so sind Nachverhandlungen mit dem Ziel, ein angemessenes Entgelt nachträglich zu vereinbaren, üblich. Dies ist auch bei unzureichenden Pauschalhonoraren üblich.

(7) Die Berufsberechtigten verrechnen die Nebenkosten und die Umsatzsteuer zusätzlich.

(8) Zu den Nebenkosten zählen auch belegte oder pauschalierte Barauslagen, Reisespesen (bei Bahnfahrten 1. Klasse, gegebenenfalls Schlafwagen), Diäten, Kilometergeld, Fotokopierkosten und ähnliche Nebenkosten.

(9) Bei besonderen Haftpflichtversicherungserfordernissen zählen die betreffenden Versicherungsprämien zu den Nebenkosten.

(10) Weiters sind als Nebenkosten auch Personal- und Sachaufwendungen für die Erstellung von Berichten, Gutachten uä. anzusehen.

(11) Für die Ausführung eines Auftrages, dessen gemeinschaftliche Erledigung mehreren Berufsberechtigten übertragen worden ist, wird von jedem das seiner Tätigkeit entsprechende Entgelt verrechnet.

(12) Entgelte und Entgeltvorschüsse sind mangels anderer Vereinbarungen sofort nach deren schriftlicher Geltendmachung fällig. Für Entgeltzahlungen, die später als 14 Tage nach Fälligkeit geleistet werden, können Verzugszinsen verrechnet werden. Bei beiderseitigen Unternehmergeschäften gelten Verzugszinsen in der Höhe von 8 % über dem Basiszinssatz als vereinbart (siehe § 352 UGB).

(13) Die Verjährung richtet sich nach § 1486 ABGB und beginnt mit Ende der Leistung bzw. mit späterer, in angemessener Frist erfolgter Rechnungslegung zu laufen.

(14) Gegen Rechnungen kann innerhalb von 4 Wochen ab Rechnungsdatum schriftlich beim Berufsberechtigten Einspruch erhoben werden. Andernfalls gilt die Rechnung als anerkannt. Die Aufnahme einer Rechnung in die Bücher gilt jedenfalls als Anerkenntnis.

(15) Auf die Anwendung des § 934 ABGB im Sinne des § 351 UGB, das ist die Anfechtung wegen Verkürzung über die Hälfte für Geschäfte unter Unternehmern, wird verzichtet.

14. Sonstiges

(1) Der Berufsberechtigte hat neben der angemessenen Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Ersatz seiner Auslagen. Er kann entsprechende Vorschüsse verlangen und seine (fortgesetzte)-Tätigkeit von der Zahlung dieser Vorschüsse abhängig machen. Er kann auch die Auslieferung des Leistungsergebnisses von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Auf das gesetzliche Zurückbehaltungsrecht (§ 471 ABGB, § 369 UGB) wird in diesem Zusammenhang verwiesen. Wird das Zurückbehaltungsrecht zu Unrecht ausgeübt, haftet der Berufsberechtigte nur bei krass grober Fahrlässigkeit bis zur Höhe seiner noch offenen Forderung. Bei Dauerverträgen darf die Erbringung weiterer Leistungen bis zur Bezahlung früherer Leistungen verweigert werden. Bei Erbringung von Teilleistungen und offener Teilhonorierung gilt dies sinngemäß.

(2) Nach Übergabe sämtlicher vom WT erstellten aufbewahrungspflichtigen Daten an den Auftraggeber bzw. an den nachfolgenden Wirtschaftstreuhänder ist der Berufsberechtigte berechtigt, die Daten zu löschen.

(3) Eine Beanstandung der Arbeiten des Berufsberechtigten berechtigt, außer bei offenkundigen wesentlichen Mängeln, nicht zur Zurückhaltung der ihm nach Abs 1 zustehenden Vergütungen.

(4) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Berufsberechtigten auf Vergütungen nach Abs 1 ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

(5) Der Berufsberechtigte hat auf Verlangen und Kosten des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlass seiner Tätigkeit von diesem erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Berufsberechtigten und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die dieser in Urschrift besitzt und für Schriftstücke, die einer Aufbewahrungspflicht nach der Geldwäscherichtlinie unterliegen. Der Berufsberechtigte kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen. Der Auftraggeber hat hiefür die Kosten insoweit zu tragen als diese Abschriften oder Fotokopien zum nachträglichen Nachweis der ordnungsgemäßen Erfüllung der Berufspflichten des Berufsberechtigten erforderlich sein könnten.

(6) Der Auftragnehmer ist berechtigt, im Falle der Auftragsbeendigung für weiterführende Fragen nach Auftragsbeendigung und die Gewährung des Zugangs zu den relevanten Informationen über das geprüfte Unternehmen ein angemessenes Entgelt zu verrechnen.

(7) Der Auftraggeber hat die dem Berufsberechtigten übergebenen Unterlagen nach Abschluss der Arbeiten binnen 3 Monaten abzuholen. Bei Nichtabholung übergebener Unterlagen kann der Berufsberechtigte nach zweimaliger nachweislicher Aufforderung an den Auftraggeber,

übergebene Unterlagen abzuholen, diese auf dessen Kosten zurückstellen und/oder Depotgebühren in Rechnung stellen.

(8) Der Berufsberechtigte ist berechtigt, fällige Honorarforderungen mit etwaigen Depotguthaben, Verrechnungsgeldern, Treuhandgeldern oder anderen in seiner Gewahrsame befindlichen liquiden Mitteln auch bei ausdrücklicher Inverwahrungnahme zu kompensieren, sofern der Auftraggeber mit einem Gegenanspruch des Berufsberechtigen rechnen musste.

(9) Zur Sicherung einer bestehenden oder künftigen Honorarforderung ist der Berufsberechtigte berechtigt, ein finanzamtliches Guthaben oder ein anderes Abgaben- oder Beitragsguthaben des Auftraggebers auf ein Anderkonto zu transferieren. Diesfalls ist der Auftraggeber vom erfolgten Transfer zu verständigen. Danach kann der sichergestellte Betrag entweder im Einvernehmen mit dem Auftraggeber oder bei Vollstreckbarkeit der Honorarforderung eingezogen werden.

15. Anzuwendendes Recht, Erfüllungsort, Gerichtsstand

(1) Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur österreichisches Recht.

(2) Erfüllungsort ist der Ort der beruflichen Niederlassung des Berufsberechtigten.

(3) Für Streitigkeiten ist das Gericht des Erfüllungsortes zuständig.

16. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungen

(1) Bei Abschlussprüfungen, die mit dem Ziel der Erteilung eines förmlichen Bestätigungsvermerkes durchgeführt werden (wie z.B. §§ 268ff UGB) erstreckt sich der Auftrag, soweit nicht anderweitige schriftliche Vereinbarungen getroffen worden sind, nicht auf die Prüfung der Frage, ob die Vorschriften des Steuerrechts oder Sondervorschriften, wie z.B. die Vorschriften des Preis-, Wettbewerbsbeschränkungs- und Devisenrechts, eingehalten sind. Die Abschlussprüfung erstreckt sich auch nicht auf die Prüfung der Führung der Geschäfte hinsichtlich Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit. Im Rahmen der Abschlussprüfung besteht auch keine Verpflichtung zur Aufdeckung von Buchfälschungen und sonstigen Unregelmäßigkeiten.

(2) Bei Abschlussprüfungen ist der Jahresabschluss, wenn ihm der uneingeschränkte oder eingeschränkte Bestätigungsvermerk beigesetzt werden kann, mit jenem Bestätigungsvermerk zu versehen, der der betreffenden Unternehmensform entspricht.

(3) Wird ein Jahresabschluss mit dem Bestätigungsvermerk des Prüfers veröffentlicht, so darf dies nur in der vom Prüfer bestätigten oder in einer von ihm ausdrücklich zugelassenen anderen Form erfolgen.

(4) Widerruft der Prüfer den Bestätigungsvermerk, so darf dieser nicht weiterverwendet werden. Wurde der Jahresabschluss mit dem Bestätigungsvermerk veröffentlicht, so ist auch der Widerruf zu veröffentlichen.

(5) Für sonstige gesetzliche und freiwillige Abschlussprüfungen sowie für andere Prüfungen gelten die obigen Grundsätze sinngemäß.